



Editorial

Europäische Lösungen dringend benötigt

Bereits im Frühjahr 2022 hat sich die Wirtschaftskammer Österreich für temporäre Eingriffe in die Strompreisbildung auf europäischer Ebene ausgesprochen. Systemische Eingriffe sind dringend nötig, damit sich der exorbitant hohe Gaspreis nicht weiterhin auf den Strompreis überträgt. Die Preisentwicklungen sind enorm, und vieles ist noch gar nicht bei den Endverbraucher:innen angekommen. Noch im Frühjahr gab es starken Gegenwind, mit Argumenten wie „der Markt funktioniert“ oder „punktuelle staatliche Unterstützungsleistungen seien ausreichend“. Der Wind hat sich mittlerweile deutlich gedreht, allerdings sind Fortschritte viel zu langsam erkennbar.

Ziel des Treffens der EU-Energieminister:innen am 30. September 2022 war ein EU-weit abgestimmtes Vorgehen gegen die explodierenden Energiepreise. Herausgekommen sind drei befristete Sondermaßnahmen, die das Problem nicht an der Wurzel packen: Eine nachgelagerte Abschöpfung der Übergewinne, die Einführung eines Solidaritätsbeitrags und Stromeinsparung. Die ersten beiden Punkte führen zu keinen Preissenkungen, der zweite Punkt auch nur in geringem Ausmaß. Die vorgeschlagenen Maßnahmen greifen viel zu kurz. Statt das Problem an der Wurzel anzugehen, also bei der Gestehung der Strompreise, werden mit den entstehenden Übergewinnen bloß die Symptome bekämpft. Von einer echten Entlastung kann keine Rede sein.

Angesichts dieses drohenden europäischen Systemversagens müssen die einzelnen Staaten nun selbst individuelle Lösungen finden. Als bekanntes Beispiel gilt der Doppel-Wumms. Österreich hängt im Export – unter anderem mit seinen Zulieferbetrieben – unmittelbar an Deutschland und muss daher beim Thema Gaspreis nun ebenfalls rasch Schritte setzen. Ein solches Vorgehen ist alternativlos, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf einen unserer wichtigsten Exportmärkte nicht verlieren wollen. Hier geht es im produzierenden Bereich um abertausende Arbeitsplätze, die durch einen nachhaltigen Marktaustritt ihrer Betriebe bedroht sind.

Die deutsche Bundesregierung wird demnächst ihre Energiepreisbremsen fixieren, Österreich muss nachziehen. Aber auch das muss die Europäische Kommission mit einem beihilferechtlichen Rahmen ermöglichen – dringend.

Mag. Jürgen Streitner

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ